

Beschluss Nr. 1/2011 der Vertragskommission Jugend am 03.03.2011

Regelungsvorgaben für den Schlüsselprozess zum Schutz vor Kindeswohlgefährdung durch Gewalt und Missbrauch von Mitarbeitenden¹, anderen Kindern, Jugendlichen und Externen

Dieser Schlüsselprozess zielt auf die Gewährleistung des Kindeswohls und des Kinderschutzes hinsichtlich Gewalt und Missbrauch in Einrichtungen und Leistungsangeboten im Geltungsbereich des Berliner Rahmenvertrags für Hilfen in Einrichtungen und durch Dienste der Kinder- und Jugendhilfe (BRV Jug). Um den größtmöglichen Schutz zu gewährleisten, geht es grundsätzlich um die Entwicklung einer Kultur der Transparenz und des Hinsehens.

Auf der Grundlage einer Analyse der Gefährdungspotentiale und Gelegenheitsstrukturen sind spezifisch nach Einrichtung, Leistungsangebot und Arbeitsfeld präventive Ansätze und Strategien ebenso zu erarbeiten wie verbindliche, konkrete Handlungsanweisungen und Handlungsschritte bei Verdacht auf und im Fall von Gewalt und Missbrauch. Im Rahmen der vereinbarten Qualitätsentwicklung sind Standards und die damit verbundenen Verfahren von den Leistungserbringern für folgende Schwerpunkte zu erarbeiten, zu implementieren und nachzuweisen:

1. Beteiligungskonzept
2. Sexualpädagogisches Konzept
3. Beschwerdemanagement
4. Internes Kommunikations- und Informationswesen
5. Personaleinstellungen (ggf. Zusatzvereinbarungen zum Arbeitsvertrag)
6. Themenspezifisches Fort- und Weiterbildungskonzept des Trägers.

Konkret sollen folgende Anforderungen an den Kinderschutz in Einrichtungen und Leistungsangeboten erfüllt werden:

- Entwicklung von Handlungsgrundsätzen für Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen (Verhaltenscodex)
- Entwicklung eines internen und externen Beschwerdeverfahrens
- Entwicklung konkreter Verfahren und Abläufe bei Verdacht auf und im Fall von Gewalt und Missbrauch durch Mitarbeitende und Externe² einerseits sowie Kinder und Jugendliche andererseits, einschließlich eines Dokumentationswesens
- Hinzuziehung interner und externer Beratung bei Verdacht auf und im Fall von Gewalt und Missbrauch.

¹ Einschließlich ehrenamtlich tätige Personen

² (siehe hierzu: Meldepflichten nach § 31 AG KJHG, Jugend-Rundschreiben Nr. 5/2008 über verbindliche Bewertungs- und Dokumentationsverfahren bei Verdacht einer Kindeswohlgefährdung vom 08.10.2008, Jugend- Rundschreiben Nr. 2/2009 über Handlungsempfehlungen bei sexueller Gewalt gegen Mädchen und Jungen in Berlin).